

Ist Mazedonien eine Verhandlungsdemokratie?

Staatspräsident:

- Direktwahl auf fünf Jahre mit zweimaliger Wiederwahlmöglichkeit
- Der Verfassung nach eher repräsentative Aufgaben
- Recht auf ein aufschiebbares Veto bei der Gesetzgebung, kann aber durch eine absolute Mehrheit im Parlament überstimmt werden
- Kann durch eine 2/3 Mehrheit im Parlament und im Verfassungsgericht abgesetzt werden
- In Krisenzeiten ist die Rolle der Präsidenten stärker als in der Verfassung vorgegeben, da er als Integrationsfigur die unterschiedlichen Positionen ausgleichen muss

Parlament(Sobranie):

- Einkammersystem
- Besteht aus 120 Abgeordneten
- Selbstauflösungsrecht durch einfache Mehrheit
- Kann ständige und zeitweilige Ausschüsse einsetzen
- Kein spezieller Fraktionsstatus

Regierung:

- gesamte Regierung wird durch absolute Mehrheit im Parlament gewählt
- Misstrauensvotum durch absolute Mehrheit
- Vertrauensfrage durch relative Mehrheit
- Keine Richtlinienkompetenz des Premiers
- Entlassung einzelner Minister bedarf der Zustimmung des Parlaments
- Kann keine Verordnungen erlassen
- Regierungskoalitionen aus drei Parteien die Regel
- Sehr großes Kabinett (15 Mitglieder plus 15 Stellvertreter)
- Eine albanische Partei ist immer freiwillig an der Regierung beteiligt(zur Zeit die DUI mit 16 Sitzen)

Parteiensystem:

- Mehrparteiensystem
- Die wichtigsten Parteien der Mazedonier: SDSM (Sozialdemokraten, die ihre Wurzeln in der ehemaligen kommunistischen Partei Jugoslawiens haben) und VMRO-DPMNE (sehr konservative und nationalistische Partei)
- Die wichtigsten Parteien der Albaner: zur Zeit DUI (aus der UCK hervorgegangen) und die DPA: minimale Abweichungen bei den Parteiprogrammen bei den albanischen Parteien, eine ideologische Unterscheidung wie SDSM vs. VMRO-DPMNE nicht vorhanden
- Keine multiethnischen Parteien, die ein Zusammenleben der beiden ethnischen Gruppen und die Integration der Albaner fördern könnten
- Relative Stabilität der ethnischen mazedonischen Parteien vs. Wählerwanderung bei den albanischen Parteien (Aufstieg der DUI)

Wahlsystem und Wahlverhalten:

- Zu Beginn reines Mehrheitswahlrecht, ab 1998 85 Sitze nach Mehrheitswahlrecht und 35 nach Verhältniswahlrecht mit 5% Sperrklausel
- Aktuell: reines Verhältniswahlrecht mit 3% Sperrklausel in den Wahlkreisen
- Wahlbeteiligung aufgrund der doppelten Polarisierung weiterhin hoch (bei der letzten Wahl vom 15. September 2002 73,4 %)

Aktuelle Probleme und Gefahren:

- Nachdem es ab 2001 zu ethnischen Unruhen kam, einigten sich die Vertreter der vier größten Parteien, durch internationalen Druck bedingt, auf einen Kompromiss, der die militärischen Kämpfe stoppte, und der die Integration der Albaner fördern sollte (Ohrider Abkommen vom 13. August 2001)
- Das Abkommen sollte folgendes bringen: eine Entethnisierung, Dezentralisierung, proportionale Besetzung der öffentlichen Ämter (bes. der Polizei) sowie die Einführung des Albanischen als zweite Amtssprache
- Durch die Änderungen sollte ein Vertrauensbildungsprozess in Gang gesetzt werden
- Besonders problematisch ist die Umsetzung der Dezentralisierungspläne (wie die täglichen Demonstrationen der Mazedonier zeigen)
- Dabei ist der größere Teil der ethnisch mazedonischen Bevölkerung gegen die Dezentralisierung, da sie Angst hat, in mehrheitlich albanisch bewohnten Gebieten selbst die Minderheit zu werden (lokale Selbstverwaltung)

Verhandlungsdemokratie?

- Die Entwicklung in den letzten Jahren hat (besonders nach dem Ohrider Abkommen) hat die konkordanzdemokratischen Elemente gestärkt (Verhältniswahlrecht etc.)
- Der größere Teil der Bevölkerung der ethnischen Mazedonier ist gegen weitere Zugeständnisse an die Albaner, politische Kultur erschwert die Etablierung einer Verhandlungsdemokratie
- Kompromisse werden nur durch internationalen Druck erzwungen
- Ethnische Polarisierung lässt zwei Teilgesellschaften entstehen, die nur auf höchster Ebene miteinander kommunizieren
- Der beginnende Prozess der Dezentralisierung zeigt, dass Mazedonien weiterhin instabil ist, eine der großen beiden Parteien der Mazedonier, die VMRO-DPMNE, stellt sich offen gegen die Dezentralisierung und schürt damit den Hass gegen die albanische Minderheit
- Ethnische Polarisierung kann durchaus zu neuen militärischen Konflikten führen und die Existenz des Staates gefährden
- Insgesamt bestenfalls eine Pseudo-Verhandlungsdemokratie, die von außen erzwungen wird, aber von der Bevölkerung abgelehnt wird

Literatur:

Brunnbauer, Ulf, Doch ein historischer Kompromiß? Perspektiven und Probleme der Verfassungsreform in Makedonien, in: Südosteuropa 50(2001), S. 346-368.

Lega, Dejan, Parlamentswahlen und Regierungsbildung in Makedonien, in: Südosteuropa 51(2002), S. 200-205.

Schrameyer, Klaus, Änderungen der mazedonischen Verfassung nach dem Ochrider Rahmenvertrag vom 13.8.2001, in: Südosteuropa-Mitteilungen 41(2001), S.390-400.

Voss, Christian, Der albanisch-makedonische Konflikt in der Republik Makedonien in zeitgeschichtlicher Perspektive, in: Südosteuropa Mitteilungen 41(2001), S.271-282.

Willemsen, Heinz, Das politische System Mazedoniens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2004, S.769-804.

http://www.auswaertigesamt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=2&land_id=110